PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

„Bildungs- und Teilhabepaket steht sich bei Umsetzung selbst im Weg“

Hartz-IV-Verhandlungen: In Thüringen sind über 232.000 Menschen, darunter 60.000 Kinder, betroffen

Der Thüringer Landtag musste „Nachsitzen“. Da sich ein enormer Antragsstau aus dem vergangenen Jahr aufgebaut hatte, fand am 19. Januar eine Sondersitzung statt. Obwohl die Abgeordneten bis nach Mitternacht tagten, blieb jedoch immer noch ein Überhang von acht Tagesordnungspunkten, der nun in der regulären Landtagssitzung vom 26. bis 28. Januar erneut in Angriff genommen wird.

Trotz des alten Einreichungs-Datums der Anträge der LINKEN und der GRÜNEN zur Hartz-IV-Reform war es jedoch bei diesem Tagesordnungspunkt zu einer hochaktuellen Debatte gekommen. Denn ebenfalls am 19. Januar war erstmals der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat offiziell zusammengetreten, seit die Länderkammer die Hartz-Reform im Dezember vorerst gestoppt hatte.

Wohin fließt das Geld?

Leider jedoch vertagte sich der Vermittlungsausschuss ohne greifbare Ergebnisse auf den 27. Januar. Derweil gab im Thüringer Landtag Sozialstaatssekretär Dr. Hartmut Schubert (SPD) einen eher mageren Bericht zur Haltung und zum Vorgehen der Thüringer Landesregierung in Sachen Hartz-IV-Reform, dabei unterstrich er jedoch die ablehnende Haltung (seiner Partei) zur bürokratischen Chipkarte für Kinder, die im Rahmen eines sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder aus Hartz-IV-fam,ilien eingeführt werden soll. Matthias Bärwolff, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE, bezeichnete dieses Paket als „zwar gut gemeint, aber nicht gut gemacht“. Es „steht sich in der Umsetzung selbst im Weg“, betonte der kinderpolitische Sprecher der Fraktion. Und er führte weiter aus, dass sich dabei zudem die Frage erhebe, wohin das Geld eigentlich fließen soll.

Alternative: Kindergrundsicherung

Nach Auffassung auch der LINKEN käme es den Betroffenen in der Kinder- und Jugendhilfe und in den dafür vorhandenen Strukturen am wirksamsten zugute. Matthias Bärwolff unterstrich außerdem, dass „eine Kindergrundsicherung die bessere Alternative wäre“. Ina Leukefeld, Abgeordnete der LINKEN, verwies auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010: „Es war eine Ohrfeige für die selbst ernannten Meinungsführer, die aus ihren Firmensitzen, ihren Abgeordnetenbüros und Redaktionsstuben Hartz-IV-Empfänger seit Jahren in Bausch und Bogen diffamieren und ihnen mit Hilfe nicht Existenz sichernder Regelsätze Feuer unterm angeblich so trägen Hintern machen wollen.“ Die Oppositionspolitikerin nannte das verbreitete Bild über Hartz-IV-Empfänger – in Thüringen sind über 232.000 Personen betroffen, darunter 60.000 Kinder – „entwürdigend“. Sie betonte, nach ihrer Auffassung hätte es eine Lösung geben müssen, „damit wenigstens ab 1.1. die fünf Euro gezahlt werden und die Regelsätze der Kinder um zehn Euro aufgestockt werden“. Ina Leukefeld verwies auf Berechnungen und Studien zu den Regelsätzen für Erwachsene, wonach die Parität eine Erhöhung um 35 Euro vorschlägt, die Diakonie sogar um 74 Euro, „und selbst das statistische Bundesamt hat eine notwendige Hartz-IV-Regelsatzerhöhung um mindestens 33 Euro errechnet“. Im Übrigen bleibe es für die LINKE dabei: Hartz IV muss weg!

Der Missgunst entgegentreten!?

Nachdem für die CDU-Fraktion Christian Gumprecht auf Umfragen verwiesen hatte, wonach eine Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze sei, hatte sich in der Debatte auch die Abgeordnete der Linksfraktion, Katharina König, zu Wort gemeldet. Als Christdemokrat, als Katholik, müsse es doch vielmehr seine Aufgabe sein, der Missgunst entgegenzuwirken und dafür Sorge zu tragen, „dass Gerechtigkeit bei allen ankommt“, erinnerte sie. ■

Aktuell

Sonaerseite informiert: www.kommuneninnot.de

Erneut macht die LINKE mit einer Aktion am Landtag auf die prekäre Situation der Thüringen Kommunen aufmerksam, die in diesen Tagen nicht zuletzt durch die zahlreichen Schlaglöcher in ihren Straßen zum Ausdruck kommt. Die Fraktion verweist in diesem Zusammenhang auf eine neue Internetseite mit einem Offenen Brief von Thüringer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie weiteren Informationen unter www.kommuneninnot.de.

Ausgangspunkt des Offenen Briefes ist die seit Jahren angespannte Finanzlage der Thüringer Kommunen, verursacht durch politische Entscheidungen des Bundes, aber auch des Landes. So galt das vergangene Jahr als das finanzpolitisch schwierigste für die Kommunen seit 1990. „Im Ergebnis der mehrheitlichen Entscheidungen des Landtages zum Landeshaushalt 2011 und der Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes müssen die Gemeinden und Städte feststellen, dass keine Verbesserungen ihrer finanziellen Lage zu erwarten sind. Ganz im Gegenteil, die Finanznot der Thüringer Kommunen wird sich im Jahr 2011 weiter verschärfen.

Obwohl sich die kommunalen Vertreter in den Gemeinderäten und Stadträten trotz der angespannten Finanzlage aus wohl überlegten Gründen für die Aufrechterhaltung der kommunalen Leistungen eingesetzt haben, die meist nur durch enorme Kraftanstrengungen zu realisieren waren, stehen auch diese letzten Reste kommunaler Selbstverwaltung in Frage“, erklären die LINKEN Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Sie rufen die politisch Verantwortlichen in Thüringen auf, „die fortgesetzte Drangsalierung der Thüringer Kommunen zu beenden und dafür Sorge zu tragen, dass keine weiteren freiwilligen Leistungen vor Ort eingeschränkt oder aufgegeben werden müssen“.

Da es den Kommunen in dieser Situation erst recht nicht zuzumuten ist, dass sie auch noch den massiven Winterdienst – samt seinen, auf den Straßen zu besichtigenden Folgen – allein finanzieren sollen, fordert die LINKE ein Landessofortprogramm und legt jetzt dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes vor. DIE LINKE schlägt deshalb eine Soforthilfe des Landes für den kommunalen Winterdienst in Höhe von 25 Millionen Euro vor. Diese Mittel sollen auch für die Beseitigung der gröbsten Schlaglöcher auf den Straßen verwendet werden können. ■

Kommentiert:

von Matthias Bärwolff

Bruchlandung

Einmal mehr steht fest: Die Landesregierung hat keine Strategie zur Bekämpfung der Kinderarmut. Die Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage zur Thüringer Kinderkarte beweist, dass pompös verkündete Ideen wegen des fehlenden politischen und fiskalischen Willens eine armselige Bruchlandung erleiden.

Unter der ehemaligen Sozialministerin Christine Lieberknecht wurde die Kinderkarte vollmundig als Maßnahme gegen die Kinderarmut angekündigt. Thüringer Kinder, von denen jedes Vierte in Armut lebt, könnten nun kostenfrei an kulturellen und sportlichen Angeboten teilnehmen. Kaum war die Idee in der Welt, wurde sie auch schon komplett ausgehöhlt. Wer freie Angebote machen will, aber nicht bereit ist, die Kosten zu übernehmen, braucht sich nicht zu wundern, wenn die Idee nicht funktioniert und auch nur zwei Modellprojekte in Gotha und Zeulenroda initiiert wurden.

Bezeichnend ist auch die mangelhafte Informationspolitik. Wenn Angebote für Kinder aus armen Familien lediglich auf der Internetseite des Ministeriums veröffentlicht werden, kann davon ausgegangen werden dass die Wenigsten davon erfahren. Mich wundert es nicht, dass von den 5.000 ausgegebenen Karten nur 350 zum Ministerium zurückgeschickt wurden, um an einer Preisverleihung teilzunehmen. Wo sind die Angebote, wie kommen die Kinder dorthin, was nutzt es dem Kind, wenn es zweimal ein Instrument ausprobieren kann und sich die Eltern die Kosten für den regulären Musikschulbesuch anschließend nicht leisten können?

Was wir brauchen, sind keine kurzfristigen Angebote, die die meisten Kinder gar nicht erreichen. Wenn wir Kinderarmut bekämpfen und Teilhabe für arme Kinder sichern wollen, müssen wir darüber reden, wie möglichst viele davon profitieren – und das dauerhaft und nicht ein bis drei Mal.

DIE LINKE führt deshalb am 17. Februar in der Fachhochschule Erfurt eine Tagung zum Thema: „Kinderarmut bekämpfen – Teilhabe sichern“ durch. Uns geht es um Teilhabe, Demokratie, Elternarbeit und Kinderbeteiligung – und nicht um kurzfristige Angebote von privaten Vereinen, die sich ein dauerhaft kostenfreies Angebot gar nicht leisten können. ■

Kurz und Prägnant

Verhängnisvoller Stillstand

„Die bisherige CDU-SPD-Koalitionsarbeit lässt nur ein Resümee zu: Da stolpert gemeinsam, was nicht zusammen gehört!“, sagte Bodo Ramelow. Es sei bislang „kein gemeinsamer politischer Weg und kein Politikentwurf aus einem Guss erkennbar – man hält sich wechselseitig in Schach, bewegt nichts und nimmt dazu ein ganzes Bundesland in Geiselhaft“. Die Antwort der LINKEN „auf Vorschläge für eine viel zu kurz gegriffene Kreisgebietsreform ist eine umfassende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Unsere Antwort auf bildungspolitische homöopathische Dosen mit nicht funktionierenden Gemeinschaftsschulen ist ein wirklicher bildungspolitischer Aufbruch sowie eine wirksame und sinnvolle Kita-Finanzierung, die auch in den Gemeinden nachweisbar ankommt und nicht die Elternbeiträge hochtreibt. Statt einer Debatte um einzelne Windkraftstandorte braucht Thüringen ein energiepolitisches Gesamtkonzept. Beim Kampf um den Erhalt der Thüringer Kulturlandschaft geht es nicht darum, mit hektischen Sofortmaßnahmen einzelne Trostpflaster zu verteilen. Wir brauchen eine umfassende Kulturraumfinanzierung“. ■

Kritik an Polizeiorganisationsgesetz

„Eine Struktur kann nicht ins Blaue hinein geplant werden. Ohne Aufgabenanalyse - vor allem ohne Personalentwicklungskonzeption unter Einbeziehung der Tarifbeschäftigten - und ohne Zielvorstellung für eine Verwaltungs- und Gebietsreform wird es keine sinnvolle Entscheidung zur Polizeiorganisation geben können. Ein Festhalten am Stellenabbaupfad für die Thüringer Polizei wird zudem letztlich dazu führen, dass die Polizei, ganz gleich in welcher Struktur, nicht ausreichend mit Personal ausgestattet sein wird“, sagte nach der Anhörung im Innenausschuss die LINKE-Abgeordnete Sabine Berninger. Auch die Wiedereinführung des Polizeipräsidiums und die Schaffung einer weiteren neuen Behörde, der Autobahnpolizeiinspektion, würden vor dem Hintergrund der Bildung einer schlanken Verwaltung als kritisch bewertet. Unklar bleibe auch, ob tatsächlich mehr Beamte für den Basisvollzugsdienst freigesetzt werden könnten. Die Landesregierung ist aufgefordert, dem Landtag nun schnellstmöglich die konzeptionelle und zahlenmäßige Grundlage dafür vorzulegen. ■

Die Darstellung verschiedener Sichtweisen bleibt auf der Strecke

Medienlandschaft: Landesregierung sieht weder Informations- noch Handlungsbedarf

Auf großes journalistisches Interesse war die Pressekonferenz zur Medienpolitik am 13. Januar in der Linksfraktion gestoßen. Deren medienpolitischer Sprecher, André Blech-schmidt (s. Foto), hatte mit Verweis auf die teils dürren Antworten auf die aktuelle Große Anfrage der LINKEN zur Situation der lokalen Medienlandschaft in Thüringen kritisiert, dass die Landesregierung hier offenbar weder Informations- noch Handlungsbedarf sehe. „Dabei vollziehen sich dramatische Entwicklungen insbesondere in der Presselandschaft“, sehe er angesichts des sich seit 1990 vollziehenden Auflagenrückgangs die Pressevielfalt in Gefahr.

Weitere Themen der Pressekonferenz waren der Kika-Betrugsskandal – hier fordert die Linksfraktion umfassende Aufklärung – sowie die Rundfunkgebührenreform und der Jugendmedienschutzstaatsvertrag.

Antworten zum Teil völlig verweigert

„Ministerin Walsmann meint offensichtlich, sie müsse weiter sparen und spart sich die Antworten auf die Große Anfrage“, hatte André Blechschmidt sarkastisch bemerkt und betont: Die Thüringer Landesregierung nimmt die Medienpolitik nicht ernst! Für die Hälfte der fast 60 Fragen wurden die Antworten komplett verweigert, viele weitere wurde völlig unzureichend beantwortet. Das betrifft z.B. Fragen nach der Förderung der (Zeitungs-) Lesekompetenz bei Kindern und Jugendlichen oder nach der Situation der Beschäftigten im Medienbereich.

Als Konsequenz kündigte der LINKE Medienpolitiker an, dass die Große Anfrage im Plenum behandelt wird, „und wir werden wahrscheinlich im Ausschuss Anhörungen dazu durchführen, damit wir unsere Antworten bekommen“. Die Forderung lautet: Die Landesregierung soll fortan alle zwei Jahre einen umfassenden Bericht zur Situation und Entwicklung der Medienlandschaft in Thüringen vorlegen.

Als Beleg für seine Warnung, dass die Pressevielfalt in Thüringen in Gefahr sei, führte André Blechschmidt an: Lokalredaktionen werden zusammengelegt oder sogar ganz geschlossen. In vielen Regionen gibt es nur noch eine Tageszeitung, folglich bleibt die Darstellung verschiedener Sichtweisen auf der Strecke. Das Internet kann diesen Rückgang an Meinungsvielfalt (zumindest bisher) nicht ersetzen. Zwar bieten mehrere Plattformen Zugang zu Meldungen wie Polizeiberichte oder Pressemitteilungen der Parteien. Ein adäquater Ersatz für recherchierte Artikel sind diese Plattformen aber nicht. Nach einer fundierten Bestandsaufnahme der Thüringer Medienlandschaft müssen Maßnahmen direkter und indirekter Presseförderung geprüft werden.

Gegebenenfalls müssen korrigierende Maßnahmen ergriffen werden, um Zeitungs- und damit Meinungsvielfalt zu erhalten bzw. wieder stärker auszubauen.

Haushaltsabgabe grundsätzlich richtig

Der Kika-Betrugsskandal muss umfassend aufgeklärt werden. Bisher passiert das nur unzureichend und schleppend, sagte der Abgeordnete. Insbesondere bleibt unklar, warum ein einzelner Mitarbeiter über derartige Summen entscheiden konnte. Die Forderung der LINKEN lautet: Der Produktionsprozess und damit das Programmbudget müssen transparenter werden. Der Auftragsvergabe durch öffentlich-rechtliche Sender kommt eine besondere Verantwortung zu. Bisher ermöglichen die absoluten Jahreszahlen kaum Aufschluss über die konkrete Kostenverteilung für einzelne Produktionen. „Wir fordern die Landesregierung und auch unsere eigenen Vertreter in den Rundfunkräten auf, sich für transparentere Prozesse einzusetzen. Es muss klar benannt werden, wie die zur Verfügung stehenden Mittel – Gebührengelder – verwendet und im Programm verteilt werden.“

Schließlich ging es in der Pressekonferenz auch um die Problematik der Rundfunkgebühren. Hier forderte der Medienpolitiker der Linksfraktion, dass die Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Gebühren offener und demokratischer geführt werden müsse. „Die Idee der Haushaltsabgabe ist grundsätzlich richtig, aber sie muss auch diskutiert und vermittelt werden“, betonte André Blechschmidt. Ähnlich wie beim öffentlichen Nahverkehr sollen die Bürger zukünftig grundsätzlich für die Bereitstellung des Angebots – unabhängig vom Nutzen – bezahlen. ■

Verfahren nach Aufhebung der Immunität eingestellt: Viel Lärm um nichts!

Nachdem die Immunität der Landtagsabgeordneten der LINKEN, Heidrun Sedlacik, wegen einer angeblichen Rangelei mit Polizisten im Sommer 2009 in Pößneck im Zusammenhang mit einer Versammlung, die sich gegen einen rechtsextremen Aufmarsch richtete, aufgehoben wurde, ist nunmehr das zugrunde liegende Strafverfahren durch die zuständige Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

„Mit der Entscheidung der Staatsanwaltschaft wurde offenbar, was eigentlich offen auf dem Tisch lag: Viel Lärm um letztlich nichts“, kommentierte der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, André Blechschmidt, die Verfahrenseinstellung. Er verwies darauf, dass die angestrengten und beschlossenen Immunitätsaufhebungen immer auch einen Akt der politischen Vorverurteilung darstellen.

„Besonders fragwürdig aber ist in dem Verfahren, dass die Polizei, nachdem von ihr die Ermittlungen gegen Heidrun Sedlacik betrieben wurden, Videoaufnahmen trotz des laufenden Verfahrens vernichtet hat. Dies verstößt nicht nur gegen strafprozessuales Verfahrensrecht, sondern lässt auch kaum einen anderen Schluss zu, als dass die Videoaufnahmen von Anbeginn an dokumentiert haben, dass die erhobenen Vorwürfe an den Haaren herbeigezogen waren“, sagte André Blechschmidt.

Wegen der gelöschten Videoaufzeichnungen hatte sich die Fraktion bereits an den Thüringer Innenminister mit der Bitte um Klärung gewandt. Eine Antwort steht bis heute noch aus. ■

Die Rente ab 67 ist nichts anderes als ein Rentenkürzungsprogramm

Margit Jung in der Landtagsdebatte zum LINKEN-Antrag „Rückkehr zur Rente mit 65“

Der Antrag der LINKEN, mit dem die Fraktion die Landesregierung auffordert, im Bundesrat aktiv zu werden, damit das Renteneintrittsalter wieder abgesenkt wird, „ist sehr aktuell“, hatte die Abgeordnete der Linksfraktion, Margit Jung (s.Foto), im Landtag betont. Im Folgenden Auszüge aus ihrer Rede vom 19. Januar:

„Aktuelle Meldungen von heute besagen: Die Finanzreserven der Rentenversicherung sind im vergangenen Jahr auf den höchsten Stand seit Mitte der 90er Jahre gestiegen. Die Rücklage erhöhte sich um zwei Milliarden Euro. Deshalb denkt man über eine Beitragssenkung im Wahljahr 2013 von 19,9 auf 19,3 Prozent nach, ein Jahr früher als geplant.“

Die Abgeordnete erinnerte an die Argumente für die Rente mit 67: Die demographische Entwicklung. „Weil die Menschen länger leben, verlängert sich die Zeit, in der sie Rente beziehen. Das ist nicht finanzierbar, und weil es nicht finanzierbar ist, müssen die Menschen länger arbeiten, um die Rentenbezugszeiten wieder zu verkürzen.

Meine Damen und Herren: Das greift zu kurz. Wir leugnen nicht, dass es demografische Veränderungen gibt. Aber wir glauben nicht, dass es deshalb notwendig wäre, länger zu arbeiten.“

„Wir wissen, dass das Bruttoinlandsprodukt jährlich in einer Größenordnung von etwa 1,5 Prozent wächst. Das bedeutet, dass wir im Jahre 2030 ein deutlich höheres Bruttoinlandsprodukt haben als heute. Ferner wissen wir, dass gleichzeitig die Zahl der Menschen, die im Jahr 2030 in der Bundesrepublik Deutschland leben werden, das sagen uns alle Demographen, sinken wird.“

„Wir haben den Zustand, dass die Torte die zu verteilen ist, deutlich größer geworden ist. Im Jahr 2030 wird sie rund 30 Prozent größer sein, es werden sich aber deutlich weniger Menschen diese Torte teilen müssen. Warum gibt es aber trotzdem ein Problem, wenn die Torte größer wird und damit auch die Tortenstücke? Jemand nimmt uns vorher die halbe Torte weg, bevor sie an die Bürger und an die Rentner verteilt wird

Durch die Verweigerung des Mindestlohns fehlen Einzahlungen in die Rentenkassen.

Es ist Fakt, dass wir eine sinkende Lohnquote haben. Wenn die Löhne von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, von der größer werdenden Torte abkoppelt werden, dann ist es logisch, dass wir Probleme bei der Finanzierung der Rentenkasse haben. Das hat

aber nichts mit Demographie zu tun, sondern schlichtweg mit der Tatsache, dass den Menschen, insbesondere auch den Rentnern, ein großer Teil dessen vorenthalten wird, was in diesem Land erwirtschaftet wird. Frauen sind davon besonders betroffen. Wir wissen, dass die geringeren Löhne von Frauen später zu geringeren Rentenleistungen führen werden.“

Margit Jung verwies auf die reale Beschäftigungssituation: „Nur 9,9 Prozent der 64-Jährigen haben eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, nur 6,4 Prozent arbeiten Vollzeit. Wenn also insgesamt 90 Prozent außen vor sind, dann gibt die Arbeitsmarktsituation einen späteren Renteneintritt schlichtweg nicht her. In Wirklichkeit führt die Rente ab 67 für 90 Prozent der Beschäftigten zu höheren Abschlägen. Die Rente ab 67 ist nichts anderes als ein Rentenkürzungsprogramm. Die Höhe der Abschläge hat in den Jahren 2000 bis 2008 von 35 Euro auf durchschnittlich 115 Euro zugenommen. Das bedeutet, dass wir bei einem durchschnittlichen Rentenanspruch von 848 Euro noch einmal 115 Euro abzuziehen haben.

Die Rente ab 67 treibt die Menschen in die Grundsicherung im Alter, in Altersarmut.“

Zum immer wieder angeführten Argument der Generationengerechtigkeit sagte die LINKEN-Abgeordnete. „Wir wissen, dass nur um 0,5 Prozent höhere Beiträge notwendig wären, um auf die Rente ab 67 zu verzichten; 0,25 Prozent für den Arbeitnehmer. Ich erinnere an die Beitragsabsenkung vom Anfang von 0,6 Prozent. Es müsste also keiner zwei Jahre länger arbeiten.“ So aber werde Jung und Alt gleichermaßen getroffen. „Die Jungen kriegen weniger Geld, weniger Rente und sollen länger arbeiten. Den Alten muten Sie zu, in den Betrieben zu bleiben, bis sie umfallen.“

Notwendig sei: Eine Stabilisierung der Löhne, eine andere Rentenformel, eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen „Es ist nicht akzeptabel, dass hier den Menschen dauernd eine Kürzung der Renten verordnet wird, während gleichzeitig die Abgeordneten des Landtages so tun, als würde es sie überhaupt nichts angehen. Es geht sie auch tatsächlich nichts an, weil sie sich selber eine höhere Rente genehmigen. Das ist aus meiner Sicht nicht akzeptabel. Es muss bei der Rente ab 65 bleiben, und es muss für bestimmte Berufsgruppen eine Möglichkeit zum vorzeitigen Ausstieg geben.“ ■

A bis Z:

Angemessener Wohnbedarf

Mit Blick auf die Verhandlungen zur Hartz-IV-Reform und Pläne der Bundesregierung, es den Kommunen zu überlassen, die Unterkunfts- und Heizkosten zu pauschalieren, warnte MdL Heidrun Sedlacik vor einer Politik der Abkehr von einer angemessenen und bezahlbaren Wohnraumversorgung. „Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung an den tatsächlichen Ausgaben zu orientieren, statt die gescheiterte Sozialpolitik immer weiter zu kommunalisieren.“

Die LINKE fordert die Landesregierung auf, „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Regelungen zu verhindern, die über den Weg von Landesgesetzen den Kommunen die Pauschalierung der Leistungen für Unterkunft und Heizung ermöglichen“. Notwendig sei die Festlegung von am Bedarfsdeckungsprinzip orientierten bundeseinheitlich verbindlichen Kriterien für die Bestimmung des angemessenen Wohnbedarfs – insbesondere für Familien mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.

Zur Sicherung der sozialen Wohnraumförderung in Thüringen fordert die Linksfraktion außerdem die Landesregierung zur im Koalitionsvertrag angekündigten Schaffung eines landeseigenen Wohnungsbauvermögens auf. ■

Goethe-Bilder

„Es ist jetzt über ein Vierteljahr her, dass die Öffentlichkeit vom Verlust der Goethe-Zeichnungen erfuhr. Seitdem ist offensichtlich nichts passiert außer der kontinuierlichen Blamage Thüringens in dieser Angelegenheit“, sagte die LINKE Kulturpolitikerin Dr. Birgit Klaubert und betonte an die Adresse von Minister Matschie: „Wenn das Ministerium – aus welchen Gründen auch immer – die juristische Auseinandersetzung trotz ermutigender Sachlage scheut, müssen andere Mittel eingesetzt werden. Stattdessen wird man den Eindruck nicht los, dass das Ministerium selbst keinen Überblick über den Fall hat. Es wäre dringend notwendig, dass Herr Matschie uns vom Gegenteil überzeugt.“ ■

Krankenhausplan

„Der 6. Thüringer Krankenhausplan ist ein Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessenlagen der Kostenträger, der Krankenhausträger und des Landes“, sagte der LINKE-Landtagsabgeordnete Jörg Kubitzki und begrüßte, dass die Fortsetzung der Krankenhausplanung auf der Grundlage der Landesplanungsregionen erfolgt und die geriatrische Versorgung in Thüringen weiter ausgebaut wird. Der Plan gewährleiste die flächendeckende Versorgung, einschließlich der Notfallversorgung. Unklar sei jedoch, wie es mit kleineren Fachabteilungen weitergeht oder welche Krankenhäuser Abteilungen des Fachgebiets Orthopädie/Unfallchirurgie betreiben dürfen. ■

Bundeswehr

Die geplante Verkleinerung der Bundeswehr kann nach Ansicht von MdL Tilo Kummer (LINKE) Chancen für Landwirtschaft und Naturschutz in Thüringen mit sich bringen. „Die Aufgabe des Truppenübungsplatzes Ohrdruf und seine Nutzung als Weidelandschaft würde eine gute Verbindung mit dem Biosphärenreservat Vessertal ergeben. Eventuell könnten das Schutzgebiet sogar bis zum Truppenübungsplatz ausgedehnt und somit ein Teil der nötigen Erweiterungsflächen zur Verfügung gestellt werden.“ In Landwirtschaft und Tourismus entstehende Arbeitsplätze könnten den Wegfall des Bundeswehrstandortes kompensieren. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:
Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 23. bis 25. Februar statt.

Fachtagung zur Kinderarmut:
Die Landtagsfraktion der LINKEN führt am Donnerstag, den 17. Februar (10 bis 16.30 Uhr), an der Fachhochschule in Erfurt (Altonaer Straße) eine Fachtagung durch. Thema: „Kinderarmut bekämpfen“.

Internet:
Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:
www.die-linke-thl.de

Kurz und Prägnant

Gebietsreform

Weil sich CDU und SPD in Sachen Verwaltungs- und Gebietsreform blockieren und eine Beratung im Innenausschuss verhindert wurde, hat die LINKE eine Sondersitzung verlangt. „Thüringen darf nicht länger in Tatenlosigkeit erstarren“, so MdL Frank Kuschel, der sich gegen ein in Auftrag gegebenes Gutachten wendet.

„Eine Enquetekommission hat unter Mitarbeit der Landesregierung bereits über Jahre Daten aufbereitet und zusammengefasst.“ In der Sondersitzung des Innenausschusses am26. Januar soll die Landesregierung ihr Konzept bekannt geben. Nur so könne gewährleistet werden, dass der Landtag umfassend informiert ist, um rechtzeitig gegensteuern zu können. ■

Integrationsvereinbarungen

„Die vom Bundesintegrationsbeauftragten angekündigten Integrationsvereinbarungen mit Zuwanderern sind kein wirklicher Beitrag zur Integration. Es wird suggeriert, Einwanderer müssen per Vertrag zur Integration verpflichtet werden. Zudem wird die Aufnahmegesellschaft vollends aus der Verantwortung genommen“, so MdL Sabine Berninger. Tatsächliche Integration setze zwingend eine soziale und rechtliche Gleichstellung voraus. „Erst wird Kindern von Flüchtlingen jahrelang der gleichberechtigte Zugang in die Gesellschaft verwehrt und Integration bewusst verhindert, um nunmehr ihnen ein Aufenthaltsrecht zuzugestehen, wenn sie denn ausreichend integriert sind. Das ist perfide.“ Die Linksfraktion hat dazu einen Antrag in den Landtag eingebracht. ■

Landesarbeitsmarktprogramm

Dass im Zuge der Umsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms in Thüringen erste Vermittlungserfolge erzielt wurden, erkenne die LINKE unumwunden an, so MdL Ina Leukefeld. Nach Aussagen des Thüringer Wirtschaftsministers gehe es in diesem Jahr besonders darum, den Sockel der Langzeitarbeitslosen aufzubrechen. „Wichtig ist vor allem, dass die geförderten Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig und existenzsichernd sind. Nur dann kann man das Programm als echten Erfolg feiern!“ Die Abgeordnete mahnte auch, dass das Programm „nicht für den weiteren Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse, wie Teilzeitstellen oder unter Tarif bezahlte Arbeitsplätze, missbraucht werden darf“. ■

Statt sich im Krisenmanagement von Fall zu Fall zu hangeln

Suizidpräventionskonzept für Thüringer Justizvollzugsanstalten wirksam umsetzen

Mit dem kürzlich vorgestellten neuen „Gesamtkonzept zur Suizidprophylaxe“ in den Justizvollzugsanstalten (JVAen) ist Thüringen das erste Flächenland in Deutschland mit solchem umfassenden Konzept. Die LINKE hatte seit Jahren – besonders vernehmlich nach tragischen Suizidfällen – gefordert, „dass sich Landesregierung und Thüringer Justizvollzug nicht nur im Krisenmanagement von Einzelfall zu Einzelfall hangeln dürfen“. Anträge im Justizausschuss auf intensivere Beschäftigung mit der Thematik, z.B. durch Informationsgespräche mit Fachleuten aus anderen Bundesländern, waren zu Zeiten der CDU-Alleinregierung abgelehnt worden. Man sehe keinen Handlungsbedarf, die Bediensteten seien ausreichend vorbereitet.

Von 1994 bis 2010 gab es in Thüringer Justizvollzugsanstalten 26 Suizidfälle, dazu noch eine Anzahl von Suizidversuchen. Durch Anfragen des justizpolitischen Sprechers der LINKEN, Ralf Hauboldt, war zu erfahren: Die Vorbereitung der Bediensteten besteht darin, ihnen zum Thema Suizidprävention ein Merkblatt auszuhändigen. Das reicht aber nach Aussagen von Fachleuten nicht aus, da es einiger Qualifikation bedarf, um eine Suizidgefährdung zu erkennen.

Suizide geschehen oft an Wochenenden und in den Abend-, Nacht- oder frühen Morgenstunden, aber gerade zu diesen Zeiten ist die Personaldecke in Thüringer JVAen sehr angespannt und es ist auch nicht einfach, ärztliche (Notfall-)Versorgung sicherzustellen. Der öffentliche Diskussionsdruck führte dazu, dass das Justizministerium den Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule (FH) Jena mit einer Studie zu Suiziden im Thüringer Strafvollzug in den Jahren 1994 bis 2008 beauftragte.

Darin wird deutlich, dass die Gefahr der Selbsttötung von Gefangenen in ganz bestimmten Situationen besonders hoch ist, z.B. in Untersuchungshaft, wenn jemand unschuldig und auf Verdacht einer Straftat in Haft kommt, nach Verurteilung zu Beginn der Strafhaft („Haftschock“), aber auch, wenn eine Sucht- bzw. Drogenproblematik besteht oder familiäre und soziale Probleme sich zuspitzen.

Ein Kriminologischer Dienst notwendig

Nach dem Legislaturwechsel war das Ministerium nach einigen Hin- und Her bereit, die allgemeinen Analyseteile der Studie den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen. Es berief eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Konzepts. Im Frühjahr 2010 wurde auf Antrag der Linksfraktion im Justizaus-schuss eine Anhörung durchgeführt, in der Fachleute auch mit Blick auf die Erfahrungen in anderen Bundesländern das Thema diskutierten.

Ein deutlicher Kritikpunkt: Thüringen braucht einen Kriminologischen Dienst (KD), es ist das einzige Flächenland in Deutschland ohne eine solche Einrichtung. Der KD unterstützt die Justizvollzugsanstalten bei der Umsetzung von Resozialisierungsmaßnahmen, kümmert sich um Suizidprävention, bietet Weiterbildungen und beschäftigt sich mit Konzepten der Rückfallvermeidung. In der Anhörung gab es auch kritische Stimmen zum vom Ministerium gewählten Ansatz einer zentralen Aufnahmeabteilung, in der Gefangene nach Haftantritt erst einmal verbleiben sollen, um nach der Aufnahmephase in andere Gefängnisse weiterverlegt zu werden. Die Zentralisierung dürfe nicht dazu führen, dass es nach der Verlegung zu einem zweiten ‚Haftschock' komme. Die anderen JVAen müssten in Sachen Suizidprävention sich auf vergleichbarem Niveau wie die Aufnahmeabteilung befinden. Die Suizidrate in Gefängnissen liegt nachweislich deutlich höher als die allgemeine Rate in der Gesamtbevölkerung. Wenn der Staat mit seinem „Strafmonopol“ Menschen in Haft nimmt, hat er eine erhöhte Fürsorge- und Sorgfaltspflicht. Wichtig ist daher, dass dieses neue Suizidpräventionskonzept tatsächlich wirksam umgesetzt wird. Hier gibt es Signale des Justizministeriums dass manches auch in Teilschritten geplant ist, z.B. die Einrichtung des kriminologischen Dienstes. LINKE-Justizpolitiker Ralf Hauboldt will daher auch den Umsetzungsprozess des Konzepts kritisch begleiten und hat dazu als ersten Schritt eine Kleine Anfrage an die Landesregierung mit zahlreichen Punkten eingereicht, z.B. zur personellen und finanziellen Untersetzung.

Sandra Steck ■

Anschlag auf LINKE-Büro in Bad Langensalza: Perfider Versuch, Menschen einzuschüchtern

In den frühen Morgenstunden des 18. Januar wurde durch mehrere Personen mit Pflastersteinen das Büro des Landtagsabgeordneten Jörg Kubitzki (DIE LINKE) in Bad Langensalza erheblich beschädigt (s. Fotos). Da zeitgleich auch ein alternatives Jugendzentrum angegriffen wurde und aufgrund des Tatzeitpunktes ist von einem politischen Hintergrund auszugehen. Die Polizei nahm die Ermittlungen auf. In einer ersten Reaktion wertete Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, den Anschlag als eine „perfide Art, Menschen einschüchtern zu wollen“.

Immer wieder werden Abgeordnetenbüros vor allem von Politikerinnen und Politikern der Partei DIE LINKE Ziel von rechtsextrem motivierten Übergriffen. „Diese Versuche der Einschüchterung und des Erzeugens von Angst verurteilen wir aufs Schärfste. DIE LINKE wird sich davon aber unbeeindruckt zeigen und in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und gegen die Verankerung rechtsextremer Ideologien nicht nachlassen. Wirksamer Schutz für die Opfer rechtsextremer Gewalt und Ideologien ist eine breite zivilgesellschaftliche Gegenwehr gegen Rechts und eine Immunisierung der Gesellschaft gegenüber rechtsextremen Ideologien“, betonte Bodo Ramelow.

Regierungserklärung zum Landesprogramm

Der Oppositionsführer im Thüringer Landtag verwies darauf, dass aber das von der Landesregierung beschlossene Landesprogramm „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“, das im Rahmen einer Regierungserklärung am 27. Januar im Landtag vorgestellt wird, diesem Anspruch nicht gerecht wird. „Die Landesregierung hat es versäumt, unter Einbeziehung der seit Jahren gegen Rechtsextremismus engagierten Initiativen ein wirksames und nachhaltiges Programm gegen Rechtsextremismus auf den Weg zu bringen und sich stattdessen in Harmlosigkeiten, Unkonkretheiten und Verklärungen verloren“, so Ramelow. ■

Das Thema

„Wer gute Fachkräfte haben will, muss sie auch ordentlich bezahlen“

NACHGEFRAGT: Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Thüringens Wirtschaftsminister hat in seiner Einschätzung der aktuellen Arbeitsmarktlage Probleme zugegeben. Wo liegen die aus Sicht der Linksfraktion?

Wir sagen, ein Jobwunder in Thüringen gibt es so nicht. Die Arbeitslosenzahlen sind zwar rückläufig – das ist erfreulich, aber wir müssen uns schon anschauen, um welche Arbeitsplätze es sich handelt. Da ist es eben leider so, dass knapp die Hälfte der Beschäftigungsverhältnisse prekärer Natur sind, das heißt also: Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs, geringfügige Beschäftigung, Aufstocker, die gar nicht aus Hartz IV rauskommen.

Wir haben auch die „Generation Praktikum“, junge Absolventen von Hochschulen, die überhaupt keine richtige Anstellung finden und viele Menschen, die nur befristete Arbeitsverträge bekommen. Sie können nicht planen, sich hier in Thüringen keine Zukunft aufbauen und wandern deswegen ab. Das ist problematisch für den Arbeitsmarkt, aber vor allem für die betroffenen Menschen selbst.

Die Linksfraktion hatte zu einem Fachgespräch zur Sicherung des Fachkräftebedarfs eingeladen. Ein falsches Thema angesichts der erläuterten Situation?

Nein, überhaupt nicht. Das Thema Fachkräfte ist ja in aller Munde. Die Betonung schwankt von einem tatsächlichen Fachkräftebedarf, der existiert, weil man immer überlegen muss, wie sich das Land Thüringen weiterentwickelt, in welchen Bereichen es Zukunftsperspektiven gibt, während andere einen vermeintlich dramatischen Fachkräftemangel überbetonen. Letzteres sehe ich derzeit nicht. Aber natürlich muss man sich darauf einstellen, wie gute Ausbildung und gute Arbeit in Thüringen gesichert werden können.

Die Einladung war an Experten, an Praktiker gerichtet. Wer war zum Fachgespräch am 12. Januar gekommen?

Auf reges Interesse war die Einladung der Linksfraktion im Thüringer Landtag zu einem Expertengespräch zur Sicherung des Fachkräftebedarfs gestoßen.

Wir waren etwa 25 Personen. Ich habe mich gefreut, dass Prof. Dr. Michael Behr, Abteilungsleiter für „Arbeitsmarktpolitik und Berufliche Bildung“ im Thüringer Wirtschaftsministerium, dabei war. Wir haben mit ihm ja schon zusammengearbeitet und über die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik gesprochen, als er noch Hochschullehrer und Sozialforscher an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena war. Das hat das Fachgespräch sehr bereichert. Vertreter der Kammern waren da, vom Paritätischen Wohlfahrtsverband – sehr wichtig, da wir künftig einen großen Bedarf an Fachkräften in der Sozialwirtschaft haben werden, vor allem bei Gesundheits- und Pflegeberufen –, aber auch die neue Vorsitzende des Landesfrauenrates, Ilona Helena Eisner. Vertreter des DGB und der Regionaldirektion der Arbeitsagentur waren auch anwesend.

Eine gute Mischung von Experten also, die das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten und eine anregende Diskussion führen konnten.

Was waren die Ergebnisse dieses Fachgesprächs der Linksfraktion?

Wir sind jetzt dabei, die Diskussion aufzuarbeiten und zu analysieren. Auf jeden Fall ist es richtig, dass wir als Linksfraktion uns dieses Themas annehmen.

Das Wirtschaftsministerium hat erneut eine Fachkräftestudie in Auftrag gegeben, die alle zwei Jahre fortgeschrieben wird und den Fachkräftebedarf in Thüringen bis zum Jahr 2020 deutlich macht. Unsere Absicht ist es, im Landtagsplenum die Ergebnisse der Fachkräftestudien zu thematisieren. Natürlich werden wir auch eigene Vorschläge vorlegen. So fordern wir ein Konzept zur Sicherung von Fachkräften im Gesundheits- und Sozialbereich, einschließlich Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und Perspektiven für Umschüler in diesen Bereichen.

In unserer Veranstaltung, zu der ich gemeinsam mit der ausbildungspolitischen Sprecherin Susanne Hennig eingeladen hatte, wurde auch die Notwendigkeit einer höheren Qualität in der Berufsausbildung und einer besseren Zusammenarbeit zwischen Schulen, Berufsausbildungsstätten und der Wirtschaft betont.

Andererseits muss das vorhandene Potential von Arbeitskräften – Menschen, die hier in Thüringen leben und derzeit am Arbeitsmarkt nicht partizipieren – besser genutzt werden. Da denken wir an die Pendler, an ältere Arbeitnehmer, die durch Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen ihre Leistungsfähigkeit erhalten können, auch an Frauen, die nur in Teilzeit oder in Minijobs tätig sind. Sie können sich qualifizieren und als Fachkräfte in Vollzeitarbeit gewonnen werden.

Welche Auswirkungen hat das Anwachsen der prekären Beschäftigung auf die Frage der Fachkräftesicherung?

Wir müssen umsteuern. Es ist auch bei der Diskussion deutlich geworden, dass die Wirtschaft etwas tun muss. Ich habe das dort ausdrücklich so formuliert: wer gute Fachkräfte haben will, muss diese gewinnen, muss sie halten, muss sie ordentlich bezahlen. Die Zeit ist vorbei, wo es ausreicht, die Hand aufzuhalten und sich von der Landesregierung, dem Bund, der EU – also von der Politik – Fachkräfte auf dem silbernen Tablett servieren zu lassen. Dazu sind mehr eigene Anstrengungen der Wirtschaft nötig. Und natürlich muss prekäre Beschäftigung eingedämmt werden.

Dazu gehört, dass wir uns für den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einsetzen, dazu gehört, dass es zu einer tariflichen Entlohnung kommt und dass Arbeitnehmerrechte gestärkt werden.

Das Interview führte
Stefan Wogawa

■

Demographischen Wandel gestalten

Nach aktuellen Prognosen wird die Einwohnerzahl Thüringens bis zum Jahr 2030 um weitere 400.000 Personen zurückgehen, sodass dann nur noch 1,8 Millionen Menschen in Thüringen leben werden. Zudem wird sich die Altersgliederung stark verändern. Die aus diesen Entwicklungen resultierenden Herausforderungen sind vielfältig und komplex, bieten aber eine Chance, die Veränderungen positiv zu gestalten.

Der demographische Wandel als gesellschaftspolitisches Thema und Gestaltungsaufgabe ist Gegenstand einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung, zu der die Linksfraktion einlädt am:

Dienstag, den 15. Februar, um 18.00 Uhr,

in den Thüringer Landtag (Fraktionssitzungssaal 201)

Dr. Wolfgang Weiß vom Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) Halle/Saale sowie der Universität Greifswald wird unter dem Titel „Den demographischen Wandel politikabel machen!“ als Referent in das Thema einführen und sich der Diskussion stellen.

Anmeldung werden erbeten über:

Bürgerbüro der Linksfraktion im Thüringer Landtag
Telefon: 0361-3772637
E-mail: koelbel@die-linke-thl.de

MdL Dieter Hausold:

Fachkräfte im Land halten

„DIE LINKE steht solidarisch an der Seite aller Beschäftigten des Telekom-Standortes Erfurt“, hatte Dieter Hausold auf der Demonstration gegen die angekündigten Standortschließungen am 14. Januar versichert. Der Wirtschaftspolitiker der Linksfraktion betonte, dass es nicht sein könne, „dass wir einerseits um jede Fachkraft in Thüringen kämpfen und andererseits qualifizierte Mitarbeiter aus dem Land vertreiben“.

Auch wurde die Ankündigung der Landesregierung, sich für einen gesetzlichen Mindestlohn einsetzen zu wollen, von der LINKEN begrüßt. Mit Blick auf die Bemühungen für ein Thüringer Vergabegesetz betonte Dieter Hausold zudem: „Es ist kein Geheimnis, dass in Thüringen nur ein geringer Anteil der Unternehmen tarifgebunden ist. Umso klarer wäre ein Bekenntnis im Vergabegesetz zu einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde, so wie es auch der Deutsche Gewerkschaftsbund jetzt wieder gefordert hat.“

80 Millionen Europäer müssen unterhalb der Armutsgrenze leben

„Armutszeugnis der CDU" – Thüringer Koalitionsfraktionen boten in Landtagsdebatte „eine dürre Fichte"

Zu jenen in der Sondersitzung des Thüringer Landtags am 19. Januar diskutierten Alt-Anträgen gehörte auch der mit dem Titel „Europäisches Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung". Die Linksfraktion hatte dazu u.a. eine Berichterstattung der Landesregierung gefordert, die von der Sozialministerin Heike Taubert (SPD) mehr schlecht als recht absolviert wurde. Noch eins drauf gab die CDU-Abgeordnete Beate Meißner, deren Rede sich in drei Sätzen erschöpfte: Auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung sei viel geschehen und auch künftig werde die CDU-Fraktion dabei helfen. Die Fraktionschefin der Grünen, Anja Siegesmund, sprach denn auch von einem „Armutszeugnis der CDU". Sie wünsche sich eine Strategie der Landesregierung gegen Armut, besonders gegen Kinderarmut. Dabei sei vor allem die Bildungspolitik gefragt, um mehr Chancengleichheit herzustellen.

Nachdem auch der Redner der SPD-Fraktion, David-Christian Eckardt, über Polemik kaum hinausgekommen war, sagte für die Linksfraktion deren sozialpolitischer Sprecher, Jörg Kubitzki: „Was CDU und SPD hier geboten haben, ist forstwirtschaftlich gesprochen eine dürre Fichte." Der Abgeordnete verwies auf die Tatsache, dass 80 Millionen Europäer derzeit unter der Armutsgrenze leben. In Deutschland sei inzwischen jedes fünfte Kind von Armut betroffen. „Auch im ersten Monat des neuen Jahres ist es noch legitim, darüber zu sprechen."

Zynisch:
Sparpaket im Jahr gegen Armut

Und wenn schon die Sozialministerin richtig festgestellt habe, dass es sich bei der Armutsbekämpfung um ein gesamtgesellschaftliches Problem handele, so habe er wenigstens erwartet, dass die Chefin der Thüringer Staatskanzlei dazu ressortübergreifend Ausführungen mache.

Der Abgeordnete der LINKEN nannte es in seiner Rede einen Zynismus, dass die Bundesregierung ihr Sparpaket im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorgelegt habe und er erinnerte u.a. an die faktische Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger sowie an den Ausstieg aus der paritätisch finanzierten Krankenversicherung. Jörg Kubitzki forderte von der Thüringer Landesregierung ein ressortübergreifendes Armutsbekämpfungsprogramm sowie vor allem einen Maßnahmekatalog zur Bekämpfung der Kinderarmut. Auf Bundesebene sei dazu die Einführung einer Kindergrundsicherung anzugehen.

Dabei seien vor allem Maßnahmen notwendig, die nachhaltig wirken. Der Oppositionsabgeordnete nannte in diesem Zusammenhang das Landesarbeitsmarktprogramm, einen gesetzlichen Mindestlohn sowie den Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, wo Thüringen im Bundesvergleich eine traurige Spitzenstellung einnimmt.

Die Überweisung des Antrags der Linksfraktion zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss wurde durch die Koalitionsfraktionen aus CDU und SPD abgelehnt.

A. Rudolph ■

Nichtchristen keine Europäer? Konservatismus in den Farben der CDU

„Was heißt heute konservativ?", fragen Autorinnen und Autoren im gleichnamigen Buch, 2010 herausgegeben von Mike Mohring, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag.

Der Ertrag des Bandes kommt durchwachsen daher. Viele Abhandlungen engen das Thema ein; es geht vor allem um Christliches, wie schon Ex-Ministerpräsident Bernhard Vogel den Lesern in seinem Geleitwort einhämmert. Andere Beiträge sind freilich bloße Zumutungen. Warum ein Rocco Buttiglione von den italienischen Christdemokraten aufgenommen wurde, bleibt rätselhaft. Sollte damit möglicherweise Weltläufigkeit demonstriert werden, erweist sich gerade Buttiglione als krasser Fehlgriff. Er konnte 2004 in einem in der EU-Geschichte einmaligen Vorgang nicht Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit werden, weil er sich abfällig über Homosexuelle und die Stellung der Frau in der Gesellschaft geäußert hatte. In seinem etwas wirren Buchbeitrag behauptet er über christliche Werte, die Menschen, „die diese Symbole nicht verstehen, die diese religiösen Symbole nicht lieb haben, (...) die sind keine Europäer, die haben keinen Zugang zu unserer gemeinsamen europäischen Kultur". Diese fanatisch anmutende Botschaft dürfte man mit einiger Berechtigung als religiösen Fundamentalismus bezeichnen können.

Der Staatsrechtler Josef Isensee gefällt sich im grotesken Jammern über die angebliche „kulturelle Hegemonie der Linken" in Deutschland und der Verteidigung der Protagonisten einer „deutschen Leitkultur" in einem ihnen vermeintlich aufgezwungenen „Gesinnungskampf". Norbert Walter, einst medial übermächtig präsenter „Chefvolkswirt der Deutschen Bank", geißelt die Arbeitslosenversicherung, denn die sorge „für mehr Arbeitslosigkeit". Der inzwischen in der politischen Versenkung verschwundene ehemalige Ministerpräsident Dieter Althaus, von dem man ohnehin nur schwer verdauliche Kost erwartet, assistiert eifrig. Er fordert „tiefgreifende Korrekturen" am Sozialstaat. Walter bezeichnet sich selbst übrigens als katholischer Christ, hat aber an anderer Stelle seine „Schwierigkeiten" mit Bibelstellen wie dem Satz aus der Bergpredigt kundgetan, dass eher ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Reicher in den Himmel komme...

Nichts Neues also im CDU-Konservatismus, möchte man meinen. Wer dennoch ein paar genießbare Krumen sucht, wird hin und wieder fündig: Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht etwa berichtet über die „Abfederung sozialer Verwerfungen", Herausgeber Mike Mohring betont, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise stelle die deutsche Gesellschaft „vor erhebliche Herausforderungen" – immerhin.

Als kleine Sensation erscheint dagegen ein Teil des Anhangs, die „Zeittafel 60 Jahre CDU in Thüringen". Dort sind zahlreiche Ereignisse aufgeführt: der Erfurter CDU-Landesparteitag „Sozialismus unter christlicher Verantwortung" (1948), das Bekenntnis der Ost-CDU zur DDR (1949), zur sozialistischen Gesellschaftsform (1951) und zur führenden Rolle der SED (1952), die Erklärung des Hauptvorstandes der DDR-CDU, die Grenzsicherung sei eine „wohlabgewogene und mustergültig durchgeführte Maßnahme" (1961), die Warnung der DDR-CDU an westdeutsche Christen vor dem Erstarken des dortigen Neonazismus (1969) oder die „Verpflichtung, mit Wort und Tat für den Sozialismus einzutreten" (1982). Dieser offene Umgang der CDU mit der eigenen Geschichte ist neu und mutig.

Stefan Wogawa

Mike Mohring (Hg.): Was heißt heute konservativ? Freiheit - Verantwortung - Ordnung: Bausteine für einen modernen Konservatismus, Verlag Bussert & Stadeler Jena 2010, 220 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-942115-03-2 ■

von Stefan Wogawa

CDU: Gesetz der Serie

Peter Müller schmeißt hin. Der saarländische CDU-Ministerpräsident will nicht mehr. Man muss bei diesem Thema inzwischen vom „Gesetz der Serie" sprechen. Nach den mehr oder weniger spektakulären Rücktritten von Günther Oettinger, Roland Koch, Jürgen Rüttgers, Ole von Beust, Christian Wulff und Dieter Althaus hat mit Müller innerhalb von 18 Monaten der siebte CDU-Regierungschef sein Amt vorzeitig aufgegeben. Manches spricht dafür, dass als wahrscheinliche Müller-Nachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer den Karren für die CDU im Saarland aus dem Dreck ziehen muss. In Thüringen war das seinerzeit Christine Lieberknecht.

Apropos Althaus: der ist beim österreichischen Autokonzern Magna inzwischen „Vice President Governmental Affairs" – wer wollte ernsthaft behaupten, dass Althaus sich damit nicht auskennt...

Und das „Gesetz der Serie"? Wirkt auch in Thüringen. Das Faible für unwissenschaftlichen Mummenschanz scheint sich in der CDU-Landtagsfraktion nämlich fortgepflanzt zu haben. Althaus wollte einst allen Ernstes dem Kreationismus, dem Glauben also, der Schöpfungsmythos der Bibel sei in wortwörtlicher Interpretation als naturwissenschaftliche Quelle zu verstehen, zu unverdientem Ansehen verhelfen – und ganz Deutschland lachte über Thüringen. Heute gehört zum Beirat eines „Committee for a Constructive Tomorrow" (CFACT Europe) in Jena, das heftig dagegen polemisiert, der Mensch sei für den Klimawandel verantwortlich, und dessen Mutterorganisation in den USA üppige Spenden vom Ölmulti ExxonMobil erhielt, ein Dr. Mario Voigt. Der ist Generalsekretär der CDU Thüringen und Landtagsabgeordneter. Im üblichen CDU-Schwulstschwätz hat er Thüringen schon zum „Musterland der erneuerbaren Energie" erklärt. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.
Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.
Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.